

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Quartals 3 Mark Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21298 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtpostkonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 82 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eingeladent 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Seitwärtige Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Solles in Dresden.

Nr. 35

Dresden, Mittwoch, 11. Februar

1925

Das deutsche Wohnungselend vor dem Forum des Reichstags.

Sitzung vom 10. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zu einer Erklärung.

Abg. Dr. Weder (D. Sp.), der sich gegen Angriffe des „Deinert Tagesblatts“ im Zusammenhang mit Krediten wendet, die in der Zeit des passiven Widerstandes deutschen Wirtschaftsverbänden gelehrt worden sind. Der Redner bestreitet zunächst, daß die „Hifa“ nach Beginn des Ruhrkampfes gegründet und dem Reich wirtschaftsministerium unterstellt wurde. Die „Hifa“ sei bereits im Jahre 1919 unter einem sozialdemokratischen Wirtschaftminister gegründet worden, um in der schweren Übergangszeit gewerblichen Unternehmungen Mittel für die Demobilisierung zu gewähren. Als es während des Ruhrkampfes notwendig wurde, auch kleineren und mittleren Unternehmungen mit Krediten beizuspringen, benutzte man, der Einfachheit halber, die schon bestehende Organisation der „Hifa“. Die Wirtschaftskrise war schon wegen der Verschärfung der Mittel der „Hifa“ von vornherein davon ausgeschlossen. Der Redner weist die Behauptung zurück, daß er (Weder) mit der Schwerindustrie verknüpft und verschwägert sei, um beiderseitige Behauptungen als gemeine und schablonenhafte Verleumdungen. Die vom „Deinert Tagesblatt“ benannten angeblichen Verwandter der „Hifa“ im Ministerium seien in Wirklichkeit nur Referenten. Weder seien pflichttreue Beamte, von denen einer der sozialdemokratischen Partei angehört. Wenn im Jahre 1920 ein Betrag von 9000 Goldmarken genannt wurde, so sei ja schon festgestellt, daß höchstens ein Betrag von 10 Goldmarken in Frage kommt. Der Redner schließt, daß er das Urteil dieser Dinge dem Hause und der Öffentlichkeit überlasse. Eine anhängige Presse werde sich gewiß nicht dazu hergeben, dem Auslande Kampfmateriale zu liefern. (Großer Lärm b. d. Soj.)

Abg. Dr. Wirth (Str.) bittet ebenfalls eine Erklärung abgeben zu dürfen.

Präsident Lohde erwidert, daß eine solche Erklärung zunächst dem Präsidenten einzureichen werden müsse. — Es schließt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte an, in der

Abg. Behr (Dem.) Klärung der Frage fordert, ob es möglich ist, die Verhandlungen des Reichstags durch Monologe aufzuhalten. (Große Unruhe und Entrüstungsäußerungen.) Dasselbe Wunsche auch von anderer Seite in hundert von Fällen gegenüber Presseanfragen geäußert.

Dieser erregte Geschäftsordnungsdebatte endet schließlich damit, daß Präsident Lohde festsetzt, daß das Haus beschließen könne, in eine Besprechung über die Erklärung einzutreten. Für heute sei dies jedoch geschäftsordnungsmäßig nicht mehr zulässig.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Eine Reihe von Anträgen auf Einstellung von Strafverfahren gegen einzelne Abgeordnete werden, entsprechend den Ausschüßbeschlüssen, angenommen. Endgültig verabschiedet wird ein Beschlusseck über die Fortgewährung der Reichsbegünstigung an die tschechoslowakische Republik.

Darauf wird die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt, und zwar mit der Besprechung über den Abschnitt „Tarifverträge und Lohnwesen“.

Abg. Frau Behm (Dn.) fordert die baldige Beilegung des Heimarbeitersengesetzes.

Abg. Frau Tony Sender (Soj.): Meine Vortragsrednerin, Frau Abg. Behm, hat sich so warm für das Schlichtungswesen eingesetzt. Ich hätte gewünscht, daß sie auch auf ihre eigenen Vorkämpfer im gleichen Sinne einwirkt. (Frau Abg. Behm: Unter vier Augen! — Weiteres.) Im Gegensatz dazu stand die Rede des Herrn Hof, der sich gegen das Schlichtungswesen ausgesprochen hat. Also scheint ihr Standpunkt nicht dem Ihrer Fraktion zu entsprechen. Noch vor wenigen Jahren hat man soviel davon gesprochen, daß für den Löhnligen freie Bahn geschaffen und mit harten Selbstbemühen erfüllte Persönlichkeiten erzeugt werden müßten. Lamals erkannte man noch das Recht der schaffenden Arbeit, das gleichberechtigt mit dem der Unternehmer sein müsse. An nun hat Herr Dr. Lohde in seiner Regierungserklärung gesagt, daß nach einem Kabinettsbeschluss die Verfassung nicht geändert werden solle. Das muß doch bedeuten, daß die Verfassung weiter ausgebaut wird. Bisher ist aber mit den Ausschüßbeschlüssen zur Verfassung noch nicht begonnen worden.

Abg. Herr Dr. Lohde hat auf diese planmäßige Erklärung beschränkt. Oder beabsichtigt er, endlich die Ausschüßbeschlüsse durchzusetzen? Insbesondere verlangen wir endlich die Ausführung des § 165 der

Reichsverfassung, durch den erst die Grundlage für die Betriebsräte geschaffen worden ist. Alles übrige fehlt noch, besonders die Begriffsfrage und der Reichsarbeitsminister. Die Verfassung spricht zwar von der Gleichberechtigung aller Staatsbürger, praktisch aber werden von der Regierung einseitig Unternehmerinteressen vertreten. Das sehen wir bei allen wichtigen Regierungsverhandlungen, besonders dann, wenn einzelne Länder die Arbeitsrechtsverordnungen weiter ausbauen wollen. So ist die Errichtung von Arbeiterkammern in Hessen verhindert worden.

Besonders unheilvoll ist die einseitige Interessenvertretung bei den Verhandlungen über die Handelsverträge. Hier sind die Unternehmer direkt und indirekt beteiligt, dagegen hat man die Arbeitnehmervertreter überhaupt nicht zugezogen. Während in Deutschland die Gewerkschaften vollkommen ausgeschlossen sind, sehen wir, wie in Frankreich die Vertreter der Arbeiter im Ausschüß sitzen, wie die Gewerkschaften und die Gewerkschaft bei der Aufstellung der Verhandlungsgrundzüge zugezogen werden. Wir sind davon überzeugt, daß, wenn von beiden Seiten die Arbeiter an den Verhandlungen teilnehmen, bald eine Verständigung erzielt würde, denn gerade die Arbeiter haben das Interesse der gesamten Wirtschaft und des gesamten Volkes im Auge. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behr (Dem.) bittet ebenfalls eine Erklärung abgeben zu dürfen.

Präsident Lohde erwidert, daß eine solche Erklärung zunächst dem Präsidenten einzureichen werden müsse. — Es schließt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte an, in der

Abg. Behr (Dem.) Klärung der Frage fordert, ob es möglich ist, die Verhandlungen des Reichstags durch Monologe aufzuhalten. (Große Unruhe und Entrüstungsäußerungen.) Dasselbe Wunsche auch von anderer Seite in hundert von Fällen gegenüber Presseanfragen geäußert.

Dieser erregte Geschäftsordnungsdebatte endet schließlich damit, daß Präsident Lohde festsetzt, daß das Haus beschließen könne, in eine Besprechung über die Erklärung einzutreten. Für heute sei dies jedoch geschäftsordnungsmäßig nicht mehr zulässig.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Eine Reihe von Anträgen auf Einstellung von Strafverfahren gegen einzelne Abgeordnete werden, entsprechend den Ausschüßbeschlüssen, angenommen. Endgültig verabschiedet wird ein Beschlusseck über die Fortgewährung der Reichsbegünstigung an die tschechoslowakische Republik.

Darauf wird die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt, und zwar mit der Besprechung über den Abschnitt „Tarifverträge und Lohnwesen“.

Abg. Frau Behm (Dn.) fordert die baldige Beilegung des Heimarbeitersengesetzes.

Abg. Frau Tony Sender (Soj.): Meine Vortragsrednerin, Frau Abg. Behm, hat sich so warm für das Schlichtungswesen eingesetzt. Ich hätte gewünscht, daß sie auch auf ihre eigenen Vorkämpfer im gleichen Sinne einwirkt. (Frau Abg. Behm: Unter vier Augen! — Weiteres.) Im Gegensatz dazu stand die Rede des Herrn Hof, der sich gegen das Schlichtungswesen ausgesprochen hat. Also scheint ihr Standpunkt nicht dem Ihrer Fraktion zu entsprechen. Noch vor wenigen Jahren hat man soviel davon gesprochen, daß für den Löhnligen freie Bahn geschaffen und mit harten Selbstbemühen erfüllte Persönlichkeiten erzeugt werden müßten. Lamals erkannte man noch das Recht der schaffenden Arbeit, das gleichberechtigt mit dem der Unternehmer sein müsse. An nun hat Herr Dr. Lohde in seiner Regierungserklärung gesagt, daß nach einem Kabinettsbeschluss die Verfassung nicht geändert werden solle. Das muß doch bedeuten, daß die Verfassung weiter ausgebaut wird. Bisher ist aber mit den Ausschüßbeschlüssen zur Verfassung noch nicht begonnen worden.

Abg. Herr Dr. Lohde hat auf diese planmäßige Erklärung beschränkt. Oder beabsichtigt er, endlich die Ausschüßbeschlüsse durchzusetzen? Insbesondere verlangen wir endlich die Ausführung des § 165 der

Hier werden die Teilnehmer, in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung, zur Mitarbeit und Selbstverwaltung erzogen. Es wird immer der Versuch erhoben, daß die Arbeiter bei der Besetzung staatlicher Funktionen nicht die genügende fachliche Eignung besitzen. Man muß ihnen aber auch die Möglichkeit geben, diese fachliche Eignung zu erwerben. Ich bedaure, daß auch Herr Stegerwald im Ausschüß sich dagegen mit dem Einwand geäußert hat, die Arbeitsabteilung sei einseitig aufgezogen. Ich kann feststellen, daß dort auch die christlichen Gewerkschaften vertreten sind, und daß im Januar ihr Vertreter erklärt hat, sie würden der Akademie in keiner Weise ihre Mitarbeit entziehen. Der Behauptung ist nicht einseitig aufgestellt, auch das Mitglied des Zentrums, Prof. Dessoir, wirkt dabei mit.

Die Erweiterung von Wissen darf nicht das Privilegium der Weisenden sein, es muß dafür gesorgt werden, daß es sich auch die Arbeiter aneignen können. Die Betriebsräte leisten ihre Erziehungsarbeit allerdings nicht in kapitalistischer Aufstellung, sondern mit dem Gedanken an das Ganze. Auch nach dem Betriebsrätegesetz sollen die Betriebsräte die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen.

Ich muß mich auch dagegen wenden, wie den Betriebsräten das Recht bei der Vertretung im Ausschüß bestanden wird. Um sie an einem tiefen Einblick zu hindern, hat man vielfach die wichtigsten Funktionen dem Ausschüß des Ausschüßes übertragen und die Betriebsräte dadurch einflußlos gemacht. Als ich den Antrag stellte, eine Änderung des Betriebsrätegesetzes vorzunehmen, um diesen Zustand zu beenden, wurde mir vom Reichsarbeitsministerium erwidert, daß sei eine Änderung des Handelsrechtbuches notwendig. Wenn hier eine Lücke besteht, so hat das Reichsarbeitsministerium die Pflicht, sie auszufüllen. Jetzt wird versucht, daß das geschehen soll; ich hoffe, daß das Reichsarbeitsministerium nunmehr auch seiner Pflicht nachkommt. Im letzten Jahre sind immer noch neue Schikanen anzugehen. Wenn von den gleichen Rechten und den gleichen Pflichten gesprochen wird, so muß man auch dafür sorgen, daß die Betriebsrätemitglieder in den Auf-

schüß nicht daran gehindert werden, das Recht ihrer Belegschaft zu vertreten. In vielen Fällen hat aber gerade die Vertretung der Rechte der Belegschaft mit dem Hinauswurf der Arbeiter aus den Betrieben gendert.

Auch die Personalabbauverordnung ist dazu benutzt worden, unangenehme Arbeiterkräfte zu beseitigen, und das Reichsgericht hat sich erlaubt, diese Verordnung so zu interpretieren, daß eine vollständige Veränderung der Belegschaftsbestimmungen einstand.

So will man auf Umwegen die Betriebsräte in ihrer Tätigkeit lähmen, weil man glaubt, daß sich kein Arbeiter mehr dafür finden wird. Aber trotzdem wird die Arbeiterkraft, werden die Gewerkschaften, die Betriebsräte ihren Weg gehen. Wenn ihnen nicht freiwillig das ihnen zustehende Recht eingeräumt wird, dann werden sie sich selbst den Weg zu bahnen wissen. (Beif. Beifall bei den Soj.)

Ministerialdirektor Sinner erklärt, die Tätigkeit der Schlichter habe sich durchaus bewährt. Eine Statistik darüber werde herausgegeben werden. Die Tarife der Angestellten werden nie zustandekommen, wenn nicht das Arbeitsministerium mit einer gewissen Energie eingegriffen hätte. — Damit schließt die Aussprache über diesen Abschnitt. Über die Frage der Ausschüßüberweisung eines sozialdemokratischen Antrages auf Bewilligung von 20 000 R. für die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. muß Ausdeutung erfolgen, da die Ausschüßbeschlüsse nicht mehr vorliegen.

Mit 189 gegen 94 Stimmen wird Verweisung an den Ausschüß beschlossen.

Es folgt die Besprechung des Abschnitts „Wohnungs- und Siedlungswesen“, und zwar zunächst des Wohnungswesens.

Abg. Silberstein (Soj.): Während des Krieges ist den Kriegsteilnehmern versprochen worden, daß nach ihrer Rückkehr eine Neuordnung der Grund- und Bodenverteilung vorgenommen werden solle. Diese Frage hat auch in der Verfassung eine hervorragende Rolle gespielt.

Die Verteilung und Nutzung des Bodens sollte aberwacht, Mißbrauch verhindert werden, jeder Deutsche sollte zu einer gesunden Wohnstätte gelangen, insbesondere sollte für linderreiche Familien gesorgt werden. Heute ist von diesen Verteilungen nichts mehr zu merken, im Gegenteil, bestimmte Kreise sind wieder am Werke, um die alten Zustände der ungerichteten Wohnungswirtschaft wiederherzustellen. Gerade im letzten Jahre ist wieder geklickt, was den Schatz der Mieter zunichte machen mußte. Alle Maßnahmen, die für den Mieterschutz getroffen wurden, hatten nur den Zweck, die grundsätzliche Erreichung des in der Verfassung vorgezeichneten Zieles unmöglich zu machen.

Zurück die dritte Steuernotverordnung, die am Ende der Inflation geschaffen wurde, ist das Wohnungswesen dem Reiche gänzlich aus der Hand genommen worden. Mit dieser Verteilung der Wohnungswirtschaft in verschiedene Ausschüßkommissionen ist großes Unheil angerichtet worden. Die Ausschüßkommissionen sind in 18 verschiedenen Ländern und 65 000 verschiedenen Gemeinden gelegt. Es besteht keine Übersicht über die Maßnahmen zur Bekämpfung des Wohnungselends, jede Kontrolle fehlt, daß die Mittel richtig verwendet worden sind, nach Jahren wird man vielleicht erst feststellen können, wie sie verwendet wurden. Zwischen den 18 verschiedenen Ländern besteht beim Wohnungsbau eine Konkurrenz, die mehr wie eine Sabotage aussieht. Die großen Städte mit großen Einnahmen üben nicht die notwendige Solidarität gegenüber den kleineren Gemeinden. Auf dem Lande, insbesondere wo sich die Industrie ansiedelt, geschieht für den Wohnungsbau fast gar nichts. (Sehr richtig! bei den Soj.)

Es fehlt überall der regende Gedanke, um dem Werte Liebe und Solidarität zu erhalten, es wird nur soviel getan, wie die „Pflicht“ vorschreibt.

Das Reich ist fauligkeitsvoll worden. Wir haben seitzeitig energiegelichen Einsatz erhoben, man hat aber auf seine Rechte nicht geachtet. Den Wegnern der gebundenen Wohnungswirtschaft ist dieser Zustand schon recht, denn jenen Vorkämpfern, die darunter leiden, sagt man, daß das System daran schuld sei, nur das freie Spiel der Kräfte könne bessere Zustände schaffen. Diese Methode ist ihnen recht alt. Wer wird

Das Steuerprogramm der Reichsregierung.

Berlin, 10. Februar.

Vor dem Steueraus Ausschüß des Reichstages gab der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Dr. Wopisch Erklärungen über die Steuerreformpläne der Reichsregierung ab. Es handelt sich nicht um eine endgültige Verteilung der Lasten, die sich aus dem Londoner Abkommen für Deutschland ergeben. In ihrer vollen Höhe sind sie nicht zu erwarten. In ihrer vollen Höhe sind sie nicht zu erwarten. In ihrer vollen Höhe sind sie nicht zu erwarten.

1. Die Einkommen- und die Körperschaftsteuer soll wieder auf den Boden der geschäftsmäßigen Veranlagung des Ertrags (Kont des Umsatzes) gestellt, die monatliche Vorauszahlung soll durch die vierteljährliche (nach Ablauf des Quartals) ersetzt, das Wechselschreiben wieder in vollem Umfang in Kraft gesetzt, die Verzugszuschläge und Grundbesitzzinsen noch weiter ermäßigt, vor allem aber ein neuer Steuertarif geschaffen werden, der für die großen und größten Einkommen weitgehende Ermäßigungen bringt, bei den kleinen und kleinsten Lohn- und Gehaltseinkommen die unerbittliche Belastung aber so bestehen läßt, wie sie ist.

2. Bei der Vermögenssteuer soll an dem Satz von 0,5 Proz. festgehalten, die in Geltung befindliche Progression bis zu 0,75 Proz. aber gekürzt werden. Die Vermögenswachstumssteuer, die noch zu beschließen ist, soll ebenfalls auf 0,5 Proz. festgesetzt werden.

besch, nach der II. Steuernotverordnung ab nicht erhoben wird, soll auch fernerhin un erhoben bleiben. Die besondere Kapitalertragsteuer soll in die Einkommensteuer eingearbeitet werden, d. h. verschwinden. Das Hauptmotiv der Regierung bei der Schöpfung der Vermögen, die „Vermögensbildung zu erleichtern.“

3. Auch auf dem Gebiete der Kapitalverkehrssteuer sind weitgehende Erleichterungen geplant.

4. Bei der Erbschaftsteuer soll „etwas Härter zugegriffen“ werden. Beim Kindererbe soll der bei Millionenerbschaften in Kraft tretende Höchstsat von 15 Proz. erreicht werden. An der Verteilung des Erbes der Ehegatten soll nicht hergetreten werden, abgesehen von linderlichen Ehegatten.

5. Alle Wirtschaftskörperschaften der Länder und Gemeinden sollen zugunsten des Reiches und, umgekehrt, die Betriebe des Reiches zugunsten der Länder und Gemeinden besteuert werden.

6. Bei der Neugestaltung der Lohnsteuer soll linderreichen Familien in der Weise entgegengekommen werden, daß Lohnsteuerpflichtige mit mehr als drei Kindern für jedes weitere Kind nicht 1, sondern 2 Proz. Ermäßigung genießen sollen.

Aber die Frage der Erhöhung der Steuern auf den „entbehrlichen Verbrauch“ ist sich die Regierung noch nicht im Klaren. Entschlossen ist sie dagegen, die Umsatzsteuer in der jetzigen, sonst nirgends in der Welt bestehenden Höhe von 1 1/2 Proz. bestehen zu lassen. Die Erhebung einer Sondersteuer von dem über die Inflationszeit hinausgereichten vollen Vermögensteuern und dem trotz der Inflation erzielten Vermögenszuwachs, die den Aufwärtsweg zu dienen hätte, lehnt die Regierung ab.

Abg. Silberstein (Soj.): Während des Krieges ist den Kriegsteilnehmern versprochen worden, daß nach ihrer Rückkehr eine Neuordnung der Grund- und Bodenverteilung vorgenommen werden solle. Diese Frage hat auch in der Verfassung eine hervorragende Rolle gespielt.

Die Verteilung und Nutzung des Bodens sollte aberwacht, Mißbrauch verhindert werden, jeder Deutsche sollte zu einer gesunden Wohnstätte gelangen, insbesondere sollte für linderreiche Familien gesorgt werden. Heute ist von diesen Verteilungen nichts mehr zu merken, im Gegenteil, bestimmte Kreise sind wieder am Werke, um die alten Zustände der ungerichteten Wohnungswirtschaft wiederherzustellen. Gerade im letzten Jahre ist wieder geklickt, was den Schatz der Mieter zunichte machen mußte. Alle Maßnahmen, die für den Mieterschutz getroffen wurden, hatten nur den Zweck, die grundsätzliche Erreichung des in der Verfassung vorgezeichneten Zieles unmöglich zu machen.

Zurück die dritte Steuernotverordnung, die am Ende der Inflation geschaffen wurde, ist das Wohnungswesen dem Reiche gänzlich aus der Hand genommen worden. Mit dieser Verteilung der Wohnungswirtschaft in verschiedene Ausschüßkommissionen ist großes Unheil angerichtet worden. Die Ausschüßkommissionen sind in 18 verschiedenen Ländern und 65 000 verschiedenen Gemeinden gelegt. Es besteht keine Übersicht über die Maßnahmen zur Bekämpfung des Wohnungselends, jede Kontrolle fehlt, daß die Mittel richtig verwendet worden sind, nach Jahren wird man vielleicht erst feststellen können, wie sie verwendet wurden. Zwischen den 18 verschiedenen Ländern besteht beim Wohnungsbau eine Konkurrenz, die mehr wie eine Sabotage aussieht. Die großen Städte mit großen Einnahmen üben nicht die notwendige Solidarität gegenüber den kleineren Gemeinden. Auf dem Lande, insbesondere wo sich die Industrie ansiedelt, geschieht für den Wohnungsbau fast gar nichts. (Sehr richtig! bei den Soj.)

Es fehlt überall der regende Gedanke, um dem Werte Liebe und Solidarität zu erhalten, es wird nur soviel getan, wie die „Pflicht“ vorschreibt.

Das Reich ist fauligkeitsvoll worden. Wir haben seitzeitig energiegelichen Einsatz erhoben, man hat aber auf seine Rechte nicht geachtet. Den Wegnern der gebundenen Wohnungswirtschaft ist dieser Zustand schon recht, denn jenen Vorkämpfern, die darunter leiden, sagt man, daß das System daran schuld sei, nur das freie Spiel der Kräfte könne bessere Zustände schaffen. Diese Methode ist ihnen recht alt. Wer wird

Abg. Silberstein (Soj.): Während des Krieges ist den Kriegsteilnehmern versprochen worden, daß nach ihrer Rückkehr eine Neuordnung der Grund- und Bodenverteilung vorgenommen werden solle. Diese Frage hat auch in der Verfassung eine hervorragende Rolle gespielt.

Die Verteilung und Nutzung des Bodens sollte aberwacht, Mißbrauch verhindert werden, jeder Deutsche sollte zu einer gesunden Wohnstätte gelangen, insbesondere sollte für linderreiche Familien gesorgt werden. Heute ist von diesen Verteilungen nichts mehr zu merken, im Gegenteil, bestimmte Kreise sind wieder am Werke, um die alten Zustände der ungerichteten Wohnungswirtschaft wiederherzustellen. Gerade im letzten Jahre ist wieder geklickt, was den Schatz der Mieter zunichte machen mußte. Alle Maßnahmen, die für den Mieterschutz getroffen wurden, hatten nur den Zweck, die grundsätzliche Erreichung des in der Verfassung vorgezeichneten Zieles unmöglich zu machen.

Zurück die dritte Steuernotverordnung, die am Ende der Inflation geschaffen wurde, ist das Wohnungswesen dem Reiche gänzlich aus der Hand genommen worden. Mit dieser Verteilung der Wohnungswirtschaft in verschiedene Ausschüßkommissionen ist großes Unheil angerichtet worden. Die Ausschüßkommissionen sind in 18 verschiedenen Ländern und 65 000 verschiedenen Gemeinden gelegt. Es besteht keine Übersicht über die Maßnahmen zur Bekämpfung des Wohnungselends, jede Kontrolle fehlt, daß die Mittel richtig verwendet worden sind, nach Jahren wird man vielleicht erst feststellen können, wie sie verwendet wurden. Zwischen den 18 verschiedenen Ländern besteht beim Wohnungsbau eine Konkurrenz, die mehr wie eine Sabotage aussieht. Die großen Städte mit großen Einnahmen üben nicht die notwendige Solidarität gegenüber den kleineren Gemeinden. Auf dem Lande, insbesondere wo sich die Industrie ansiedelt, geschieht für den Wohnungsbau fast gar nichts. (Sehr richtig! bei den Soj.)

Es fehlt überall der regende Gedanke, um dem Werte Liebe und Solidarität zu erhalten, es wird nur soviel getan, wie die „Pflicht“ vorschreibt.

Das Reich ist fauligkeitsvoll worden. Wir haben seitzeitig energiegelichen Einsatz erhoben, man hat aber auf seine Rechte nicht geachtet. Den Wegnern der gebundenen Wohnungswirtschaft ist dieser Zustand schon recht, denn jenen Vorkämpfern, die darunter leiden, sagt man, daß das System daran schuld sei, nur das freie Spiel der Kräfte könne bessere Zustände schaffen. Diese Methode ist ihnen recht alt. Wer wird